

04.03.2008

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Werbung für HPV-Impfung in Schulen sofort stoppen und informierte Entscheidung ermöglichen

„Es tut nur ein bisschen weh an der Einstichstelle“, suggeriert die Arbeitsgemeinschaft mit dem verharmlosenden Kürzel „PIKS“ (Pubertät-Impfen-Krebs-Sexualität), die in Schulen des Landes Brandenburg massiv für die HPV-Impfung wirbt. Das ARD-Magazin "Monitor" strahlte am 21. Februar 2008 einen kritischen Beitrag zur HPV-Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs aus und kam zu anderen Ergebnissen. Der vermutete Zusammenhang von zwei Todesfällen mit der Impfung lässt Zweifel am Wirkstoff immer lauter werden. Der Pharmahersteller und das zuständige Kontrollinstitut beschwichtigten sofort. Monitor fragte zu Recht „Wissen wir tatsächlich alles, was wir zu dieser Vorsorge wissen müssten. Wer gibt aus welchen Gründen welche Fakten weiter?“

In Deutschland und Österreich wurden in den letzten 1,5 Jahren rund 700.000 junge Mädchen gegen HPV-Viren geimpft, die Gebärmutterhalskrebs auslösen können. Nach den zwei Todesfällen in diesen Ländern, bei denen ein Zusammenhang mit der Impfung nicht überzeugend ausgeschlossen werden kann, hat Österreich die Impfung nicht ins kostenlose Impfprogramm aufgenommen. Es gebe noch zu wenige Daten zur Langzeitwirkung. Die zuständige deutsche Kontrollbehörde hat nach den Zwischenfällen Entwarnung gegeben und sieht keinen Handlungsbedarf. Dem widerspricht der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der Bundesärztekammer Professor Ludwig deutlich. Bei einem neuen Impfstoff mit zwei unklaren Todesfällen könne nicht behauptet werden, der Impfstoff sei dafür nicht verantwortlich, auch wenn der ursächliche Zusammenhang nicht feststehe. Er rät in Zukunft bei allen weiteren schweren Nebenwirkungen sehr gründlich das Zusammenspiel mit dem Impfstoff zu analysieren.

Monitor berichtete eindrucksvoll über Fälle, in denen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung bei kerngesunden jungen Frauen schwere Nervenstörungen aufgetreten sind. Nach ärztlicher Einschätzung ist dieser Zusammenhang mit der Impfung möglich, da eine solche Erkrankung bei 16-jährigen Mädchen sehr ungewöhnlich ist. Bereits jetzt ist die Liste von Nebenwirkungen der HPV-Impfung, herausgegeben von Paul-Ehrlicher-Institut, lang. Bis Januar 2008 erfolgten bereits 189 Meldungen, darunter anhaltende Beschwerden wie Blutgerinnungsstörungen, Schwindel, Lähmungen und andere neurologische Störungen. Gleichzeitig

Datum des Originals: 04.03.2008/Ausgegeben: 04.03.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

bleibt zu bedenken, dass hier nur einfließt, was auch gemeldet wird. Da Deutschland aber nicht über ein Melderegister für Impfnebenwirkungen verfügt, gehen ExpertInnen davon aus, dass viele, auch schwere Nebenwirkungen nicht als solche erkannt und erfasst werden. Empfohlen wird eine Registrierung von geimpften und nicht geimpften Mädchen, die Dokumentation und Analyse der Nebenwirkungen. Ansonsten sei auch in 10 Jahren noch nicht abschätzbar, welcher Nutzen der HPV-Impfung welchen Risiken gegenüber stehe.

Die mit Kosten von 450 Euro teuerste Impfung aller Zeiten hat dem Marktführer Sanofi Pasteur MSD GmbH durch den Impfstoff GARDASIL Rekordgewinne beschert. Würden sich alle Mädchen und jungen Frauen zwischen 12 und 17 Jahren, wie von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlen, impfen lassen, bedeute dies nach einer Veröffentlichung des Bundesverbandes der Frauengesundheitszentren e.V. im ersten Jahr Kosten von über einer Milliarde Euro. In jedem weiteren Jahr kämen ca. 200 Millionen Euro hinzu. KritikerInnen befürchten, dass die extrem hohen Kosten der Impfungen zu einer Umschichtung von Ressourcen im Gesundheitssystem mit negativen Folgen für andere Bereiche führen.

Auch die Kritik am Zulassungsverfahren des Impfstoffes und an der Impfempfehlung durch die STIKO – für ÄrztInnen in der Praxis nahezu bindend – verhält nicht. Mit einer „evidence based“, also beweisgestützten Medizin sei die STIKO-Empfehlung nicht vereinbar. Die Zulassung der Impfung sei auf sehr schmaler Wissensbasis erfolgt, berichtet auch die Zeitschrift Gute Pillen – Schlechte Pillen, die VerbraucherInnen unabhängig über Medikamente aufklärt. Nach der Ansicht zahlreicher ExpertInnen ist die Empfehlung der STIKO viel zu schnell gekommen.

Selten wurde für einen Impfstoff so massiv geworben. Die Herstellerfirma Sanofi Pasteur MSD GmbH setzt in Fernsehspots beispielsweise mit der beliebten Modedesignerin Jette Joop Mütter und Mädchen erheblich unter Druck. Zahlen und Fakten werden in falsche Zusammenhänge gebracht und erzeugen Angst. So behauptet Sanofi unter anderem, Gebärmutterhalskrebs sei die zweithäufigste Ursache krebsbedingter Todesfälle im Alter zwischen 14 und 44 Jahren. Das stimmt, verschwiegen wird allerdings, dass in dieser Altersgruppe insgesamt Krebserkrankungen höchst selten vorkommen. Betroffen von Gebärmutterhalskrebs sind eher ältere Frauen. Das individuelle Risiko an dieser Erkrankung zu sterben, beträgt in Deutschland 0,3 Prozent. Hingegen wird in den Informationsbroschüren der Firma Sanofi nicht auf mögliche Nebenwirkungen der Impfung hingewiesen. Auch die Nachhaltigkeit der HPV-Impfung ist bisher nicht geklärt.

Nach Berichten von verunsicherten Eltern wird auch in NRW-Schulen für die Impfung geworben, meist ohne dass die Schülerinnen und Eltern ausreichend über die Nebenwirkungen des Impfstoffes aufgeklärt werden. Laut Antwort einer Kleinen Anfrage liegen der Landesregierung selbst keinerlei Informationen darüber vor, ob und wie für die HPV-Impfung in NRW-Schulen geworben wird. GynäkologInnen schreiben Mütter und Töchter an und werben mit einseitigen Informationen für die Impfung. Grundlagen für eine informierte Entscheidung zu schaffen, ist demgegenüber Ziel des Bielefelder Netzwerks Frauen, Mädchen und Gesundheit bei der Gleichstellungsstelle. Es hat einen Flyer als Entscheidungshilfe für Eltern und Mädchen/junge Frauen herausgegeben, der über Vor- und Nachteile der HPV-Impfung informiert.

Eine wirksame Impfung gegen Krebs und damit verbunden die Absenkung krebsbedingter Todesfälle wäre unzweifelhaft ein erstrebens- und unterstützenswertes Ziel. Allerdings darf dieser Wunsch nicht dazu führen, dass Mädchen und Frauen durch das Verbreiten einseitige Informationen und dem Schüren von Angst zur Impfung gedrängt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

sich auf Bundesebene einzusetzen für

- eine Überprüfung der Impfungszulassung
- eine Begleitung der Impfungen durch Registrierung aller geimpften Frauen und Mädchen und Auswertung der Ergebnisse in einer Langzeitstudie;
- eine deutliche Verringerung der Impfkosten
- die Informationsbroschüre des Bielefelder Netzwerkes Frauen, Mädchen und Gesundheit als Entscheidungshilfe für Eltern und Mädchen/junge Frauen an allen Schulen in NRW zu verbreiten;
- sicher zu stellen, dass in den Schulen in NRW keine Werbematerialien der Herstellerfirma verbreitet werden.

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Barbara Steffens
Sigrid Beer

und Fraktion